

vorab per E-Mail: [info@publikumskonferenz.de](mailto:info@publikumskonferenz.de)

Ständige Publikumskonferenz  
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.  
Frau Vorsitzende  
Maren Müller  
Herrn Jens Köhler  
Hofer Straße 20a  
04317 Leipzig

MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

**JURISTISCHE DIREKTION**

Kantstraße 71-73  
04275 Leipzig  
Postanschrift 04360 Leipzig  
Tel.: (0341) 3 00 0  
[www.mdr.de](http://www.mdr.de)

**Programmbeschwerde zur Berichterstattung über den Giftgasanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal in der TV-Nachrichtensendung „MDR aktuell“ am 12.04.2018 um 19:30 Uhr**

Sehr geehrte Frau Müller,  
sehr geehrter Herr Köhler,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18.04.2018, in dem Sie sich kritisch mit der Berichterstattung des MDR über den Giftgasanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal auseinandersetzen.

Sie beanstanden, dass in vorgenanntem Beitrag berichtet wurde, die OPCW habe das Nervengift Nowitschok benannt. Tatsächlich sei dies nicht der Fall gewesen.

Sie berufen sich auf die Berichterstattung „Skripal: OPCW bestätigt Anschlag mit einer ‚Chemikalie‘ (Update)“ vom 12.04.2018 des Online-Magazins Telepolis, das hierzu u.a. ausführt, dass der Name des Giftes durch die OPCW nicht öffentlich mitgeteilt worden sei.

Ihre Programmbeschwerde stützten Sie auf § 8 Abs. 1, 2 Satz 3 und Abs. 3 MDR-Staatsvertrag sowie auf die zitierte Verpflichtung zur vollständigen Information.

Zu Ihrer Beschwerdeschrift hat mir die zuständige Redaktion eine Stellungnahme zukommen lassen.

Leipzig, 13.06.2018

Seite 1/2

ks

180613-MM-St.Publ.konf.-MDR  
aktuell 12.04.18-BRF.docx  
II PR 14 / VIS

Honorarprofessor

Dr. Jens-Ole Schröder

Juristischer Direktor

Tel.: +49.(0)341.300-7500

Fax: +49.(0)341.300-7530

[juristischedirektion@mdr.de](mailto:juristischedirektion@mdr.de)

Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Verletzung von Programmgrundsätzen kann ich Ihnen mitteilen, dass sich Ihre Vorwürfe nicht bestätigt haben.

MDR aktuell hatte am 12.04.2018 dazu wie folgt berichtet:

*„Die Organisation für ein Verbot der Chemiewaffen hat britische Angaben bestätigt, wonach der frühere russische Agent Skripal und seine Tochter mit dem Nervengift aus der Nowitschok-Gruppe vergiftet wurden. Dies hätten eigene Test in vier Labors ergeben. Die Organisation teilte jedoch nichts zur möglichen Herkunft des Gifts mit. Nowitschok war in der früheren Sowjetunion entwickelt und hergestellt worden.“*

Somit wurde in der beanstandeten Meldung ausdrücklich klargestellt, dass die Organisation nichts zur möglichen Herkunft des Gifts mitgeteilt hatte.

Der von Ihnen zitierte Telepolis-Artikel führt an, dass die OPCW den Befund des britischen Militärlabors Porton Down, auf dessen Analyse sich wiederum die britische Regierung gestützt hatte, bestätigt habe und die durch die OPCW entnommenen Proben dieselbe „toxische Chemikalie“ nachgewiesen hätten, die das britische Militär zuvor identifiziert hatte.

Sowohl das britische Militärlabor als auch die britische Regierung hatten zuvor mitgeteilt, den Stoff Nowitschok identifiziert zu haben (ohne allerdings festzustellen, dass der bei dem Anschlag verwendete Stoff aus Russland stamme).

Auch die anerkannte Nachrichtenagentur dpa hatte an diesem Tag vermeldet, dass unabhängige Experten (der OPCW) den Einsatz des Nervengifts Nowitschok bestätigt hätten. Es handelte sich somit um eine privilegierte Quelle mit der Folge, dass die Redaktion nicht verpflichtet war, den Wahrheitsgehalt dieser Agenturmeldung nochmals zu überprüfen.

Auf dieser Basis erfolgte um 19:30 Uhr die Verlesung der beanstandeten Meldung in dem Nachrichtenteil „KOMPAKT“.

Im Übrigen hatte offensichtlich auch Telepolis selbst am 12.04.2018 zunächst gemeldet, dass der OPCW-Bericht Nowitschok erwähnt habe (dies lediglich aufgrund eines Leserhinweises aber überarbeitet).

Ihre Kritik teile ich nach alledem nicht und kann in der beanstandeten Berichterstattung keine Verletzung von Programmgrundsätzen erkennen.

Mit freundlichen Grüßen

Honorarprofessor Dr. Jens-Ole Schröder